aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

52 Mai 2025 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

DOSSIER

KRIEG UND FASCHISMUS

- **Propaganda zum Ende des Zweiten Weltkriegs**
- **Der austrofaschistische Weg in den Weltkrieg**
- **Mussolini, son of the century**

ab Seite 2

GESCHICHTE

Der 1. Mai, ein Erfolgsprodukt aus den USA

Seite 5

INTERNATIONAL

- **Trump und die neuen Wirtschaftskriege**
- **Explosion der Wut in der Türkei**

ab Seite 6

AUS DEN BETRIEBEN

Wir sind bereit zu kämpfen – die Gewerkschaft auch ?

Seite 10

REZENSION

Mit der Faust in die Welt schlagen

Seite 11

Nie wieder Krieg und Faschismus! Hoch der 1. Mai!

Wir feiern 80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges. Doch anders als uns die Bürgerlichen weiß machen wollen, lassen sich Zweiter Weltkrieg und Faschismus nicht vor allem durch Hitlers Persönlichkeit und Machtstreben erklären. Entscheidend waren vielmehr die große kapitalistische Wirtschaftskrise und die sich wieder verschärfende Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern. Und nicht nur in Deutschland, sondern unter anderem auch in Österreich und Italien haben faschistische Regime den Weg in den Zweiten Weltkrieg geebnet.

Auch heute spitzen sich die Widersprüche zwischen den Großmächten rasant zu und die Politik der Herrschenden wird immer autoritärer. Der Aufstieg und die Politik Trumps spiegeln das wider. Mit seinem „Zollkrieg“ reagiert er auf den Aufstieg Chinas zur imperialistischen Großmacht und versucht neue Antworten zur Sicherung der Vorherrschaft der USA zu finden. Europa bläst im Gegenzug zur Militarisierung, allen voran Deutschland.

Auf beiden Seiten des Atlantiks ist man sich einig, dass auch diesmal die Arbeiter:innenklasse durch verschärfte Ausbeutung und Repression die Zeche für die verschärfte imperialistische Konkurrenz zahlen soll.

Die Antwort der Arbeiter:innen muss radikal und internationalistisch sein. In diesem Sinne feiern wir den 1. Mai und seine Geschichte als Kampftag der Arbeiter:innen weltweit. Aktuell zeigen uns etwa Streiks und Proteste von Berlin bis Istanbul den Weg. ■

Propaganda zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Vor 80 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Am 8. Mai in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, die auch das Ende des Holocausts bedeutete, im September 1945 dann auch im Pazifik. Fragen des imperialistischen Kriegs sind heute viel präsenter als zum 75. Jubiläum 2020. Nicht nur wegen des Krieges in der Ukraine, sondern wegen der zunehmenden internationalen Spannungen im Allgemeinen und wegen des sich aktuell noch verschärfenden Völkermords in Gaza.

In diesem Jahr findet das offizielle Gedenken parallel zu einer beispiellosen Aufrüstung und Militarisierung statt, mit denen neue Kriege und Gräuel vorbereitet werden. In Deutschland scheint die Hauptsorge der Regierungsvertreter:innen zu sein, dass keine russischen Diplomat:innen an den Feierlichkeiten teilnehmen. Damit wird das Feindbild Russland heraufbeschworen, das zur Rechtfertigung ihrer Aufrüstungspläne dient. So wird das pathetische Gerede über Frieden und Versöhnung, das bei solchen Gelegenheiten gern verbreitet wird, dieses Jahr besonders falsch und hohl klingen im Mund von Politiker:innen an der Spitze von Großmächten, die die ganze Welt mit Krieg überziehen.

Hehl aus seinen eigenen annexionistischen Gelüsten macht, ob nun in Bezug auf Grönland, den Panamakanal oder sogar Kanada. Die europäischen Staatschefs Scholz – nun bald Merz –, Macron und Starmer zeigen sich mehr oder weniger empört, doch hinter der zahnlosen Kritik an Trump spürt man vor allem die Enttäuschung, selbst nicht mehr an der ukrainischen Beute beteiligt zu werden, und die Sorge, dass Europa im imperialistischen Kräftemessen der Großmächte zu wenig Gewicht haben könnte. Also werden massive Aufrüstungsvorhaben in die Wege geleitet und um diese zu rechtfertigen auf Russland gezeigt.

bis heute. Die USA haben als imperialistische Führungsmacht die ganze Welt mit Militärbasen überzogen und die NATO-Staaten sind für deutlich mehr Kriege verantwortlich als Russland.

In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg wird selbstverständlich Nazideutschland verdammt, doch das heutige Deutschland wurde ja vom US-amerikanischen und britischen Imperialismus „adoptiert“ und kann deshalb auch zu den „Guten“ gehören, zur „westlichen Wertegemeinschaft“. Doch so wie heute die Verteidigung demokratischer Werte vorgeschoben wird, um Kriegseinsätze weltweit zu rechtfertigen, bei denen es um Rohstoffe, Handelsrouten oder Märkte geht, so war es auch im Zweiten Weltkrieg. Großbritannien und Frankreich waren die führenden Kolonialmächte, die Krieg gegen Nazideutschland nicht wegen der Menschenrechte führten, sondern um ihre Kolonialreiche gegen Deutschland zu verteidigen. Dass die Nazis mit der revolutionären Arbeiter:innenbewegung kurzen Prozess gemacht hatten, hatte die West-Alliierten ebenso wenig gestört wie der Antisemitismus, der im Holocaust gipfelte.

» Doch so wie heute die Verteidigung demokratischer Werte vorgeschoben wird, um Kriegseinsätze weltweit zu rechtfertigen, bei denen es um Rohstoffe, Handelsrouten oder Märkte geht, so war es auch im Zweiten Weltkrieg. «

Feindbild Russland

Sicherlich wird auch der russische Präsident Putin die Gelegenheit nutzen, den russischen Nationalismus anzuheizen, und den Sieg im angeblich „großen vaterländischen Krieg“ benutzen, um Propaganda für seinen imperialistischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu machen. Aber die westlichen Politiker:innen sind keinen Deut besser. Trump hat der westlichen Machtpolitik die Maske vom Gesicht gerissen, indem er deutlich gemacht hat, worum es bei der Unterstützung der Ukraine ging und geht (nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer:innen, sondern um Bodenschätze) und indem er keinen

Die „westlichen Werte“: Habgier und Heuchelei

Was uns zum Zweiten Weltkrieg erzählt wird ist Propaganda, die vor allem die „westlichen Demokratien“ und ihre Vormachtstellung in der Welt ideologisch befestigen soll. Dafür wird der Zweite Weltkrieg zum Kampf von Demokratie gegen Faschismus stilisiert.[1] Die West-Alliierten hätten für die Befreiung der Welt vom Bösen gekämpft und diesen Kampf in den folgenden Jahrzehnten fortgesetzt. Dabei zieht sich jedoch in Wahrheit eine blutige Linie von den Kolonialkriegen, in Algerien oder Vietnam, über Irak- und Afghanistankrieg

Eine Nachkriegsordnung der Friedhofsruhe

Ende 1944 war die deutsche Armee dank der enormen Opfer der sowjetischen Soldaten und der sowjetischen Bevölkerung praktisch besiegt, und es begann ein Wettlauf darum, wer nach dem Krieg Mitteleuropa kontrolliert. Bei Konferenzen in Teheran und Jalta hatten sich die Alliierten auf eine Aufteilung der Welt in Einflusszonen geeinigt, und der Stalinismus im Osten wie der Imperialismus im Westen sorgten jeweils in ihrem Bereich für „Ruhe und Ordnung“.

Berlin, Mai 1945

Die massiven amerikanischen und britischen Bombardements in den letzten Kriegsmonaten auf die Arbeiter:innenstädte Berlin, Hamburg, Bremen und das fast vollständig zerstörte Dresden zielten nicht darauf ab, die deutsche Bevölkerung von dem seit zwölf Jahren herrschenden Nazi-Regime zu befreien, sondern sie zu terrorisieren. Anders als beim Fall des Kaiserreichs nach dem Ersten Weltkrieg, sollten die Arbeiter:innen den Sturz der Diktatur nicht für revolutionäre Aktionen nutzen können. Dasselbe Ziel verfolgten die Atombomben, die im August 1945 auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, obwohl Japan bereits seine Kapitulation angeboten hatte: Die US-Armee wollte dort nicht als Befreierin landen, die gefährliche Hoffnungen in der Bevölkerung weckte, sondern als Eroberin. Nebenbei wurde der japanische Staatsapparat wieder aufgebaut, seine Armee, seine Polizei, bis hin zu seinem Kaiser Hirohito, einem großen Freund Hitlers, dem die Staatschefs der ganzen Welt noch 1989 bei seiner Beerdigung die letzte Ehre erwiesen.

Stalin seinerseits sorgte in ganz Osteuropa dafür, dass basisdemokratische oder sozialistische Bestrebungen der arbeitenden Massen gewaltsam unterbunden wurden. In Deutschland hatten sich spontan antifaschistische Komitees gebildet, die versuchten, das Leben nach Kriegsende zu organisieren und die auch den Kapitalismus abschaffen wollten, der in die Nazibarbarei geführt hatte. In Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone wurden diese Komitees von den Stalinist:innen beseitigt und der bürgerliche Staatsapparat zusammen mit konservativen Politiker:innen wieder aufgebaut.[2] In Italien und Griechenland hingegen verriet Stalin die Arbeitenden, die unter großen Opfern im antifaschistischen Widerstand gekämpft hatten und zum Kriegsende die Macht hätten übernehmen können. Doch er wies die Kommunistischen Parteien an, sich dem britischen Imperialismus unterzuordnen, da die Länder ja zur westlichen Einflusssphäre gehören sollten.

> » Die massiven Bombardements in den letzten Kriegsmonaten zielten nicht darauf ab, die deutsche Bevölkerung vom Nazi-Regime zu befreien, sondern sie zu terrorisieren. Die Arbeiter:innen sollten den Sturz der Diktatur nicht für revolutionäre Aktionen nutzen können. «

Nie wieder ist jetzt

So sorgten Imperialismus und Stalinismus Hand in Hand dafür, eine revolutionäre Welle wie nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu verhindern, und legten den Grundstein für die imperialistische Nachkriegsordnung unter US-Hegemonie, die trotz der antikolonialen Befreiungsbewegungen im Wesentlichen bis heute Bestand hat. Doch der spektakuläre Aufstieg Chinas über die letzten Jahrzehnte, hat die Kräfteverhältnisse dieser auf das gewaltvolle Recht des Stärkeren gegründeten Weltordnung erschüttert. Daher rühren die zunehmenden internationalen Spannungen mit Handelskrieg und Aufrüstungsspirale. Die imperialistischen Hexenmeister bereiten sich darauf vor, eine neue Hack- und Rangordnung mit militärischen Mitteln auszufechten. Zwei Weltkriege im letzten Jahrhundert haben uns gezeigt, zu welcher Barbarei das führen kann. Wir müssen ihnen rechtzeitig die Macht entreißen, ehe sie uns für ihre Profite ein weiteres Mal in eine Katastrophe stürzen können, von der der Ukraine-Krieg und der Genozid in Gaza nur einen bitteren Vorgeschmack bieten.

Erinnern wir uns daran, dass die arbeitenden Massen, die sowohl die Waffen produzieren als auch als Soldat:innen zur Schlachtbank geführt werden, die Macht haben, Kriege zu verhindern oder zu beenden. Durch die Revolutionen in Russland 1917 und in Deutschland 1918 wurde der Erste Weltkrieg beendet. Und auch der Vietnamkrieg wäre ohne die massenhafte Antikriegsbewegung in den USA noch sehr viel länger fortgesetzt worden. ■

Richard Lux, Berlin

Fußnoten

1 Siehe dazu unseren vor fünf Jahren erschienenen Artikel: www.sozialismus.click/der-zweite-weltkrieg-demokratie-gegen-faschismus/

2 Wolfgang Leonhard war einer der Kader, die dies umsetzen sollten, und hat darüber in seinem Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder" berichtet.

Der austrofaschistische Weg in den Zweiten Weltkrieg

In Österreich endete das jahrelange Zurückweichen der Sozialdemokratie vor dem Austrofaschismus im Jahr 1934 in einer Niederlage und ebnete so den Weg zum „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland.

Nach der Revolution 1918, in der durch Massenaktionen der Arbeitenden und die Organisierung in Arbeiter:innen- und Soldatenräten die Monarchie gestürzt wurde, entstand eine Doppelmachtsituation zwischen den Räten und der bürgerlichen Regierung aus christlich-sozialer Partei und Sozialdemokratie. Unter diesen Umständen waren die Kapitalist:innen zu weitreichenden Sozialreformen wie dem 8-Stunden-Tag bereit, um die kapitalistische Herrschaft aufrechtzuerhalten. Im Gegenzug demobilisierte die dankbare Sozialdemokratie die Rätebewegung.

Nach dem Abebben der revolutionären Stimmung schied die Sozialdemokratie aus der Regierung aus, und die Bürgerlichen begannen mit einer schrittweisen Rücknahme der Errungenschaften. Rechtsextreme Verbände gingen auch auf der Straße gegen die Arbeiter:innenbewegung vor. Die Sozialdemokratie war zu keinen offensiven Schritten bereit, sondern wich immer weiter zurück. Ihre paramilitärische Formation, der Republikanische Schutzbund, sollte lediglich der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie dienen.

Aufstieg und Triumph des Austrofaschismus

1933 nutzte der „christlich-soziale“ Kanzler Engelbert Dollfuß eine Pattsituation im Parlament, um die bürgerliche Demokratie auszuhebeln und fortan autoritär per Notverordnung zu regieren. Sowohl Schutzbund als auch NSDAP wurden verboten.

Als am 12. Februar 1934 eine Einheit des Schutzbunds in Linz gegen die Entwaffnungen – die in Arbeiter:innenheimen im ganzen Land stattfanden – Widerstand leistete, mündete dies in einem mehrtägigen Bürger:innenkrieg, in dem sich zehntausende Arbeiter:innen dem Bundesheer und der rechtsextremen Heimwehr entgegenstellten. Der Kampf, der von der sozialdemokratischen Führung äußerst halbherzig organisiert wurde, endete in einer bitteren Niederlage. Tausende Kämpfer:innen wurden im Kampf getötet oder danach hingerichtet.

Der Weg zum „Anschluss"

Dollfuß wollte ein österreichisches faschistisches Modell aufbauen – in Abgrenzung zu Hitlerdeutschland und mit Mussolinis Italien als Schutzmacht. Das Kleinbürger:innentum orientierte sich allerdings zunehmend an NS-Deutschland. 1934 wurde Dollfuß bei einem gescheiterten Nazi-Putsch getötet. Sein Nachfolger Kurt Schuschnigg gab dem Druck Hitlers schrittweise nach, nahm Vertraute Hitlers in die Regierung auf und organisierte nach dem Einmarsch der deutschen Truppen ein Schein-Referendum über den Anschluss an Deutschland. Gegen den Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938 gab es keinen Widerstand. Der Kampf gegen den Faschismus wurde bereits 1934 verloren. ■

Florian Weissel, Wien

Mussolini, son of the century

„Mussolini, son of the century“ ist eine Serie des italienischen Pay-TV-Senders Sky Atlantic, die in acht Episoden den Aufstieg Mussolinis und seiner faschistischen Partei (Partito Nazionale Fascista) erzählt: Von seinem Anfang mit den „Schwarzhemden“ (Parteimiliz der PNF, ähnlich Hitlers SA) als kleiner Organisation bis zur Vollendung der faschistischen Diktatur im Jahr 1925.

In der Serie erleben wir aus nächster Nähe ihre Gewalt: Die Angriffe auf Sozialist:innen werden sehr brutal gezeigt. Wen die Gewalt nicht abschreckt, dem bietet sich eine spannende Serie, die sich nicht scheut, die Ekelhaftigkeit Mussolinis und seiner Methoden zu zeigen. Die Handlung beleuchtet das Italien der 1920er Jahre. Wir sehen die Krise und die Arbeiter:innenbewegung mit Streiks, Land- und Fabrikbesetzungen nach dem Ersten Weltkrieg. In dem starben 650.000 Italiener:innen für einen für die nationale Rechte „unbefriedigenden Frieden“. Aber auch für die Linke war der Frieden enttäuschend, blieben doch die Profiteure und die Verantwortlichen des Gemetzels an der Macht. Aus dieser Enttäuschung heraus werden im „biennio rosso“ (den „zwei roten Jahren“) Arbeiter:innenräte gegründet, doch die Sozialist:innen verpassen die Gelegenheit sie zu organisieren. Derweil kann Mussolini das Kleinbürger:innentum verführen und so die Arbeiter:innenbewegung zerschlagen. Er zeigt der italienischen Großbourgeoisie, wie nützlich er ist, und bekommt einen Platz in der Regierung. 1922 wird er zum Regierungschef und die faschistische Diktatur wird bald vollendet.

Die Serie wurde bis jetzt leider nur mit englischen Untertiteln veröffentlicht. Sie zeigt aber gut, wie der Faschismus siegen konnte: wegen der Angst der Bourgeoisie vor einer sozialistischen Revolution und nach deren Scheitern durch das Fehlen einer Führung. Es ist eine Serie, die angesichts des Aufstiegs rechtsextremer Ideen mehr denn je nötig ist. ■ *Peter Drache, Bielefeld*

Der 1. Mai – ein Erfolgsprodukt aus den USA, wie wir es lieben

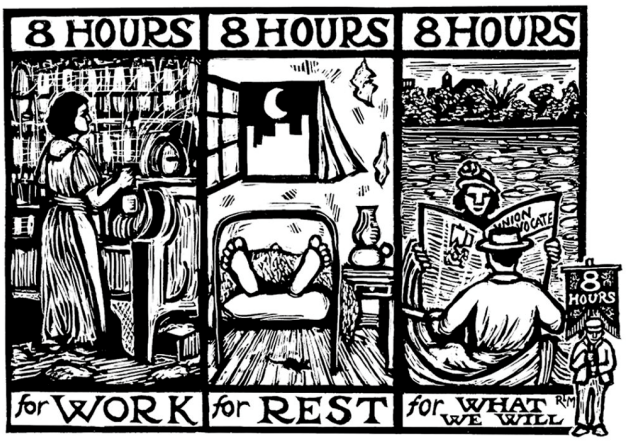
Für viele von uns ist der 1. Mai ein willkommener Feiertag, vielleicht sogar der Beginn eines verlängerten Wochenendes. Aber es gibt auch die heroische Geschichte der Arbeiter:innenklasse. Der 1. Mai hat seine Wurzeln im 19. Jahrhundert in der sozialistischen Arbeiter:innenbewegung und im Kampf um Arbeitszeitverkürzung.

Die Arbeitsbedingungen waren im 19. Jahrhundert mit dem Beginn der industrialisierten Arbeit schlimm in jeder Hinsicht. Die Maschinen gaben das höllische Tempo vor. 10 Stunden Arbeit pro Tag an 6 Tagen die Woche und dazu Überstunden waren die Regel. Die 1860er und 1870er Jahre sind daher Zeiten, in denen sich die Arbeitenden zusammenschließen und streiken.

Sozialistische oder anarchistische Ideen waren verbreitet, war doch offensichtlich, wie sich eine kleine Schicht an Kapitalist:innen auf Kosten der riesigen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter bereicherte. Die Übernahme der Kontrolle über die Industrie durch die Arbeitenden lag für Massen von ihnen als Kampfziel auf der Hand. Die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag kam früh auf und verbreitete sich in Industriezentren und Bergbaugebieten weltweit, auch unter der US-amerikanischen Arbeiter:innenklasse.

1884 proklamierte schließlich die „Federation of Organized Trades and Labor Unions“ (Gewerkschaftsverband) in den USA den Kampf um den 8-Stunden-Tag und rief zu Streiks für den 1. Mai 1886 auf. An diesem Tag gingen in den USA Hunderttausende für den 8-Stunden-Tag auf die Straße. Chicago war zu dieser Zeit einer der Hotspots der Arbeiter:innenbewegung mit einer starken anarchistischen Strömung. Und in dieser spielten deutsche Gewerkschafter eine bedeutende Rolle! Viele Deutsche waren in die USA emigriert wegen der politischen Verfolgung nach der Revolution von 1848 oder unter den Sozialistengesetzen, aber vor allem wegen der wirtschaftlichen Krisen. Mit den Deutschen kamen nicht nur die Kneipenkultur und das Bier, sondern auch sozialistische Ideen und Erfahrungen im Klassenkampf. Globalisierung und Migration wie wir sie lieben! Über mehrere Tage zogen sich jedenfalls die friedlichen Proteste und Streiks in Chicago ab dem 1. Mai 1886. Die Polizei reagierte mit brutaler Gewalt. Aber die Wut befeuerte die Arbeiter:innenproteste. Am 4. Mai, als die Polizei auf die Arbeitenden mit voller Gewalt losging, explodierte eine Bombe und tötete Polizisten und Arbeitende. Unklar ist bis heute, wer die Bombe warf. Den Chicagoer Arbeiter:innen sollten aber die Köpfe abgeschlagen und eine Lektion erteilt werden. Sieben Arbeiterführer wurden hingerichtet. Die Zeitungen starteten eine landesweite Hetzkampagne gegen Gewerkschaften und „Sozialisten“.

> » Die sozialistische „Internationale Arbeiterassoziation“ übernahm 1890 die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag und machte den 1. Mai zu einem internationalen Kampftag. «



Aber die Arbeiter:innenbewegung reagierte nicht, wie von den Kapitalisten erhofft. Die sozialistische „Internationale Arbeiterassoziation“ – ein internationaler Zusammenschluss der Arbeiterorganisationen – übernahm 1890 die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag und machte den 1. Mai zu einem internationalen Kampftag. Das fiel auf fruchtbaren Boden. In Deutschland wurde der 8-Stunden-Tag schließlich nach der Novemberrevolution 1918/19 Gesetz.

Die Dauer des Arbeitstages blieb immer umkämpft – bis heute. Wir sehen, wie überall die Bosse an den Rädchen drehen und Rechte in Frage stellen, die von unseren Urgroßmüttern und -vätern hart erkämpft worden sind. Die Abschaffung der Höchstgrenze der täglichen Arbeitszeit hat es beispielsweise jetzt in den Koalitionsvertrag der neuen CDU/SPD-Regierung geschafft. 12-Stunden-Schichten oder mehr wären dann möglich. Gleichzeitig haben es die „Arbeitgeber“ mit Hilfe der Gewerkschaftsspitzen geschafft, in viele Tarifverträge die Verlängerung der Arbeitswoche reinzuschreiben, natürlich nur als „freiwillige Option“. Aber angesichts der niedrigen Lohnerhöhungen überall und der vielen Überstundenberge ist die „Freiwilligkeit“ immer öfter Fake. Die Richtung ist klar: länger arbeiten in jeder Hinsicht, pro Tag, pro Woche, im Leben. Daher hat der 1. Mai heute noch immer seine Bedeutung wie im 19. Jahrhundert ... als Kampftag. ■

Sabine Müller, Berlin

Gegen Trumps Poker und die neuen Wirtschaftskriege:

Internationale Solidarität der Arbeitenden

Seit dem Amtsantritt von Donald Trump vergeht kaum ein Tag, an dem er die Welt nicht mit einer neuen Ankündigung in Aufregung versetzt. Angeblich würden die USA vom Rest der Welt „unfair" behandelt. „Make America Great Again" lautet die Devise. Warum nicht dem ganzen Misthaufen Weltwirtschaft einen gewaltigen Tritt versetzen, in der Erwartung, besser aus dem Chaos herauszukommen als der Rest der Welt? Die Auseinandersetzungen lassen sich nicht auf Trumps Persönlichkeit reduzieren, dahinter steht die Zuspitzung der Konkurrenz der Großmächte.

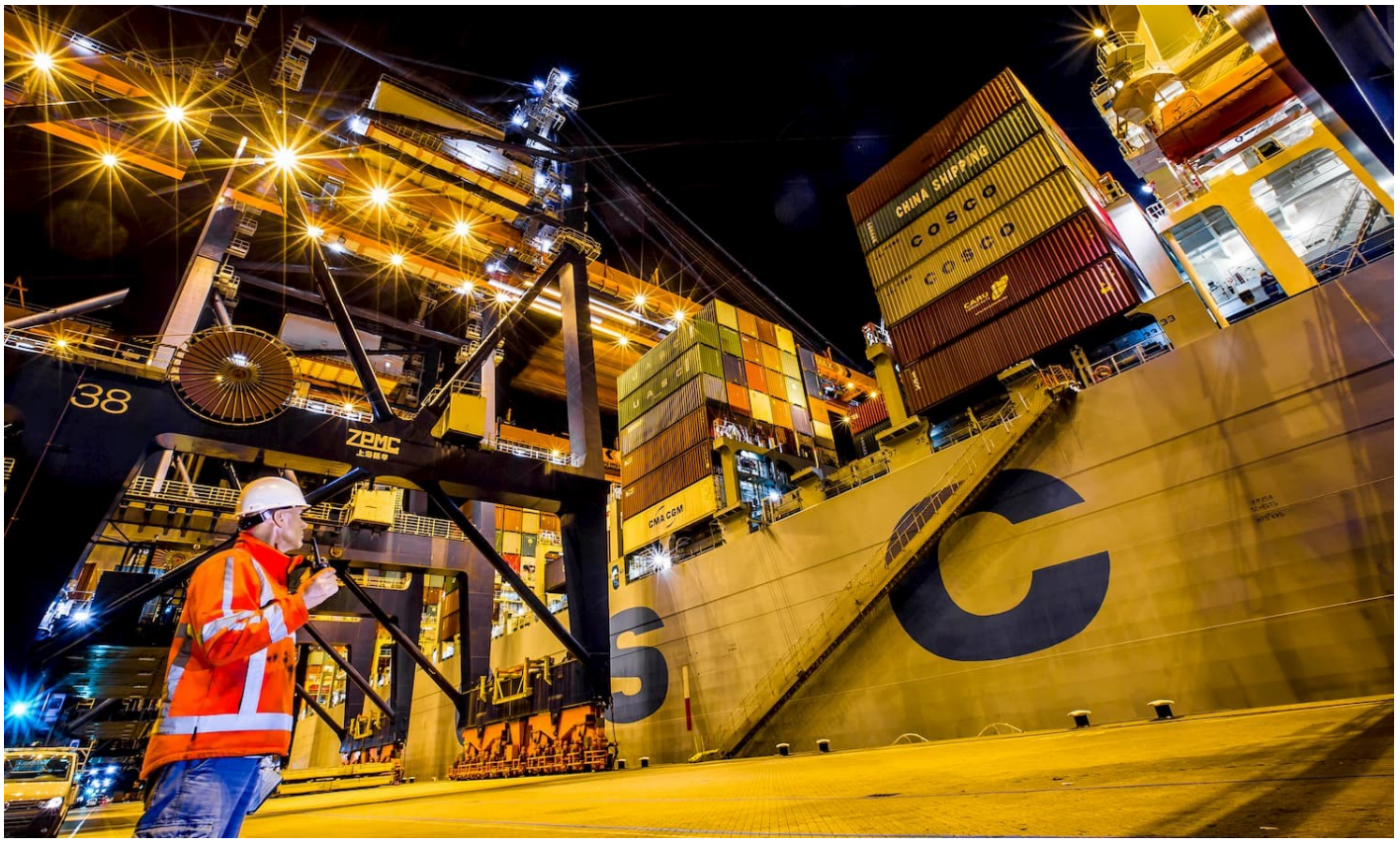
Mit dem Aufstieg Chinas zu einer Weltmacht wurden die Karten auf der Bühne der imperialistischen Weltpolitik neu gemischt. China ist nicht mehr nur die Werkbank der Welt. In China hat sich eine nationale Kapitalist:innenklasse entwickelt. Auf dem chinesischen Markt drängen chinesische Konzerne an die Spitze. Gleichzeitig wächst der Binnenmarkt nicht mehr so stark. Der Verlust von Marktanteilen für deutsche und andere westliche Konzerne – vor allem in der Autoindustrie – bereitet den Vorständen Kopfzerbrechen. China investiert inzwischen auch Kapital über den Globus verstreut und geht Bündnisse mit anderen Ländern ein. Die USA sind nach wie vor das stärkste imperialistische Land, ihre Stärke und Dominanz gerät aber zunehmend unter Druck.

Der von Trump ausgerufene „Zollkrieg" ist ein Versuch, darauf zu antworten. Die Verlautbarungen aus dessen Ecke lassen darauf schließen, dass die Eskalation der Zölle nur der Anfang einer langfristigen Strategie ist, zu der auch die Abwertung des Dollars und eine gezielte Rezession gehören. Die herrschende Klasse in den USA (wie auch anderswo) ist kein monolithischer Block, sondern hat unterschiedliche Interessen und verfolgt unterschiedliche Strategien. Hinter Trump steht ein Teil der Bourgeoisie, die etwas Neues und Radikales ausprobieren will. Die Versuche diverser US-Regierungen der letzten Jahrzehnte, die globale Vorherrschaft des US-Imperialismus zu sichern, waren ihnen nicht erfolgreich genug. Zudem geht es darum, sich in der zentralen Zuspitzung mit China besser aufzustellen – wirtschaftlich wie militärisch.

Trumps Schockstrategie: riskant, widersprüchlich, aber nicht beliebig

Die Unberechenbarkeit ist Teil seines Politikstils und soll dazu dienen, einzuschüchtern und in Verhandlungen mehr herauszuholen. Die Theorie dahinter hat Trumps Chefökonom Stephen Miran in einem Handbuch zur Umstrukturierung des globalen Handelssystems dargelegt.

Diese Schockstrategie ist nicht neu. Bereits 1971 warf Nixon der Welt vor, die



USA zu betrügen. Nachdem er die Bindung des Dollars an Gold, auf der das globale Finanzsystem beruhte, aufgehoben hatte, wertete er den Dollar drastisch ab, um importierte Waren zu verteuern und amerikanische Exporte wettbewerbsfähiger zu machen. 1979 versetzte die US-Notenbank (Fed) der Weltwirtschaft einen zweiten Schock mit einer rasanten Anhebung der Zinssätze, was eine Welle von Insolvenzen und Massenarbeitslosigkeit auslöste und Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechterte.

Eine Reihe von Schuldenkrisen weltweit gehörte dazu. Diese Schulden waren ein Mittel, die Länder des globalen Südens unter Druck zu setzen und deren Ressourcen zu plündern und führten die imperialistische Vorherrschaft in eine neue Zeit. Die kapitalistische Maschinerie wurde so wieder in Gang gebracht. Die Arbeiter:innenklasse in den USA und weltweit hat dafür allerdings einen hohen Preis bezahlt. Was wird das Ergebnis von Trumps Schockstrategie sein?

Man kann vermuten, dass die rasante Talfahrt der US-Börsen nach Trumps Ankündigung von Zöllen so nicht einkalkuliert war. Aber Trump und die ihm nahestehenden Großkapitalist:innen machen auch aus dieser Situation das Beste und sicherten sich an den Börsen Dank ihres Insiderwissens Extraprofite in Milliardenhöhe. Zudem zeigt die Episode allen, dass Trump zu fast allem bereit ist, und verschafft ihm so Respekt bei Freund und Feind.

Sie versprechen den sozialen Krieg im Inneren und den bewaffneten Krieg nach außen

Unbestreitbar hat die Trumpsche Schockstrategie in nur wenigen Monaten die EU-Länder zu beschleunigten Entscheidungen gezwungen (Aufrüstung und Militarisierung, neue Schulden). Und durch den Schwenk in der Ukraine-Politik konnten für einige US-Kapitalist:innen sehr lukrative Rohstoffdeals mit der Ukraine eingefädelt werden. Zumindest in dieser Hinsicht war seine Politik erfolgreich.

In diesem Machtkampf, der sich in erster Linie zwischen den USA und China abspielt – sowohl wirtschaftlich als auch perspektivisch militärisch – muss die EU mithalten. Die Industrie braucht dringend eine Umstrukturierung (Autoindustrie und Maschinenbau, Stahlindustrie ...) und Anpassungen (die Zeiten billiger Energie aus Russland und China als willfähriger Werkbank sind vorbei).

» Sicher ist, dass ihnen das für ihre Profitinteressen nur mit gesteigerter Ausbeutung nach innen gelingen kann. Sie bereiten also einen Krieg gegen die Arbeiter:innenklasse in Europa vor ...«

Eine fehlende einheitliche Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik sind ein Hemmnis, wenn man in dem Orkan, den die Trumpsche Politik ausgelöst hat, nicht untergehen will. Die europäischen Staaten sind also gezwungen, sich zusammenzuraufen. Derzeit sehen wir noch, wie sie rumlavieren und ihr Heil in Unterwürfigkeit gegenüber den USA und neuen Wirtschaftskooperationen mit China, Südamerika, Japan und Südkorea suchen. Parallel versuchen sie schnell aufzuholen mit Hilfe billionenschwerer staatlich finanzierter Hilfspakete zur Schaffung einer europäischen Rüstungswirtschaft und Armee, moderner Infrastruktur und Kooperationen auf wirtschaftlicher Ebene.

Sicher ist, dass ihnen das für ihre Profitinteressen nur mit gesteigerter Ausbeutung nach innen gelingen kann. Sie bereiten also einen Krieg gegen die Arbeiter:innenklasse in Europa vor. Das sind die Hintergründe der „Regierungskrisen" in Deutschland, Österreich, Frankreich.

Vor zwei Wochen hat die künftige deutsche Bundesregierung unter den Christdemokrat:innen (CDU) und Sozialdemokrat:innen (SPD) ihren Koalitionsvertrag veröffentlicht, der als Fahrplan für die nächsten Jahre gelten soll. Der SPD-Kanzler Scholz hat erfolgreich den Staffelstab an den CDU-Kanzler Merz übergeben, der eine deutlich rechtere Regierungspolitik führen wird, als unter der bisherigen Ampel-Regierung möglich war. Diese undurchsichtigen Verhandlungen von oben sind eine Warnung für uns alle: Für die Arbeitenden geht es darum, mehr zu arbeiten. Das Bürgergeld soll abgeschafft werden. Merz stellt zusammen mit dem Chef des „Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber" (BDA) den Mindestlohn von 15 Euro in Frage. Die Zahl der neuen Asylbewerber:innen in Deutschland soll auf unter 100.000 pro Jahr sinken. Vertreter:innen der großen Konzerne beklagen, der Koalitionsvertrag gehe nicht weit genug. Sie fordern seit langem eine Agenda 2030 ... Hart gegen die Arbeitenden, die Schwächeren der Bevölkerung und gegen Migrant:innen und freundlich zur Industrie, den Banken und vor allem der Rüstungsindustrie, das ist der Kern des Koalitionsvertrages. Wir müssen ihren ekelerregenden Spaltungsversuchen dringend etwas entgegensetzen!

Wir wollen weder Sklav:innen der Bosse, noch ihr Kanonenfutter sein

Während Deutschland also versucht, Zeit zu gewinnen, um – zusammen mit Frankreich und Großbritannien – eine stärkere wirtschaftliche und militärische Macht aufzubauen, scheint der von den USA initiierte Wirtschaftskrieg die bisherigen Allianzen zu erschüttern. Die Zukunft der Menschheit wird von einer kleinen Gruppe von Herrschenden und Kapitalist:innen bedroht, die im Namen des Profitstrebens bereit sind, ihre Verbündeten im Stich zu lassen. Ja, das ist die harte Realität des Kapitalismus!

Wie weit sind Trump & Co. bereit zu gehen? Sie wissen es vielleicht selber noch nicht. Sicher ist, es ist die Arbeiter:innenklasse, die US-amerikanische genauso wie die deutsche oder chinesische, die die Folgen ausbaden soll. Daher dürfen sich die Arbeiter:innen nirgendwo hinter die jeweilige nationale Kapitalisten:innenklasse ziehen lassen. Wir müssen ihnen stattdessen den Krieg erklären, durch einen Klassenkampf, der keine Grenzen kennt. ■

Sabine Müller, Berlin und Johannes Wolf, Wien

Explosion der Wut und Lichtblick in der Türkei

Am 19. März wurde der Oppositions-Führer und Bürgermeister Istanbuls, Ekrem İmamoğlu, verhaftet. Seitdem strömen die Menschen auf die Straßen zu den größten Protesten in der Türkei seit den Gezi-Protesten 2013[1]. Ein Funken Hoffnung im Erdoğan-Regime.

Vor allem in den Großstädten, Istanbul, Ankara und Izmir, wo die stärkste Oppositionspartei, CHP[2], die Mehrheit stellt, sind die Proteste riesig. Zurecht fürchtet Erdoğan seinen Kontrahenten - Laut aktuellsten Umfragen würde er nicht wiedergewählt werden.

In Folge der Verhaftung İmamoğlus und anderer Oppositions-Politiker:innen versammelten sich spontan täglich Hunderttausende Menschen, vor allem Studierende, vor dem Rathaus in Istanbul und anderen Städten. Dabei ging es schnell um mehr, als die Festnahmen. Es ist vor allem die Wut auf das ganze politische System um Erdoğan und die katastrophale wirtschaftliche Lage, die die Menschen auf die Straße bringt. Offiziell lag die Inflation 2024 bei 44,3%, ein unabhängiges Institut spricht sogar von 87%[3]. Der 200 Lire-Schein, der vor zehn Jahren für 70 Euro gehandelt wurde, ist heute noch 5 Euro wert. Obwohl 60% der erwerbsfähigen Bevölkerung gerade einmal Mindestlohn erhalten, wurde dieser zum 1. Januar diesen Jahres nur um 30% auf 607 Euro erhöht. Die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 8,4%, die der Jugend sogar bei 17%.

Der verschärften Repression zum Trotz...

Die erste Phase der aktuellen Proteste dauerte in Istanbul meist bis spät in die Nacht. Die Protestierenden dachten nicht daran nach Hause zu gehen, wenn zum Abend die Versammlungen aufgelöst wurden, woraufhin die Polizei gewalttätig wurde. Zeitweise war von über 2000 Verhafteten die Rede, mindestens 200 von ihnen wurden verklagt. Journalist:innen ist es verboten, über die Proteste zu berichten. Einige wurden verhaftet, als sie es dennoch taten. Das Internet wurde zeitweise abgeschaltet, x-Accounts und Internetseiten blockiert.

Zum Ende des Ramadan verlängerte Erdoğan kurzerhand die Feiertage zum Zuckerfest um drei Tage, um sicher zu gehen, dass die Studierenden auch nach Hause aufs Land fahren. Für 10 Tage wurden die Proteste so unterbrochen.

Ohnehin sind die Hürden groß: Das politische Klima in der Türkei ist von Angst geprägt. Viele, die bereits 2013 aktiv waren, wurden aufgrund staatlicher Repressionen ihres Kampfgeistes beraubt. Der Glaube daran, dass Veränderung möglich ist, war klein. Und dennoch haben die Mobilisierungen Massen mobilisiert. Zum Höhepunkt am 25. März waren in Istanbul eine Million Menschen auf der Straße. Ausgerechnet an diesem Tag verkündete die CHP, man solle die täglichen Demonstrationen unterbrechen, um am 29. März mit ganzer Kraft auf die Straße zu gehen. Sie wurden ausgepfiffen.

... ohne sich kapern zu lassen ...

Bis dahin hatte die CHP die Aufrufe der Studierenden unterstützt, um sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Nach Ramadan begann die CHP zu geregelten Protesten, mittwochs in Istanbul und samstags in wechselnden Orten im Land, aufzurufen. Einen Monat nach der Verhaftung İmamoğlus, am 19. April, gab es von der CHP organisierte Proteste mit Traktor-Zügen in Yozgat, wo eigentlich die AKP stärkste Kraft ist. Zeitgleich wurde ein unabhängiger Protest der Studierenden in Istanbul gewaltsam auseinandergetrieben. Nun fordert die CHP vorgezogene Neuwahlen, um die Proteste in einen institutionalisierten Rahmen zu lenken und versanden zu lassen. Diese große bürgerliche Partei, die schon lange an der Macht war, Verbindungen zu einem Teil des Generalstabs der Armee und zum türkischen Großkapital hat und sich auf ihre Wahlerfolge gegen die Kandidaten der Partei Erdoğans stützen kann, versucht, sich als einzige Alternative zu präsentieren. Aber ihr Versuch, die Demonstrationen zu begrenzen, könnte viele frustrierte Demonstrant:innen davon überzeugen, dass etwas ganz anderes nötig ist.

Demonstrierende tragen Masken um sich vor der Gesichtserkennung zu schützen

... zur vereinten Aktion auf die Straße!

Nach den Ferien gingen also die Proteste weiter. In Istanbul finden die Versammlungen vor dem Rathaus, auf dem Saraçhane-Platz, statt, da der berühmte Taksim-Platz, eine Hochburg der Proteste 2013, von der Polizei abgeriegelt wurde. Während einige rechtsextreme Gruppen eindeutig gegen die Demonstrierenden vorgehen und als Handlanger der Polizei fungieren, tragen einige protestierende Jugendliche die Symbole der Grauen Wölfe[4]. Es sind junge Arbeiter, die von Arbeitslosigkeit und Inflation betroffen sind und in der politischen Linken keine Repräsentation finden, weil ihr die Klassenpolitik fehlt.

Ab Mitte April weiteten sich die Proteste auf Gymnasiast:innen aus, die im ganzen Land gegen die Versetzung ihrer Lehrer:innen protestierten. Die Regierung veranlasste angeblich aus Routine die Versetzung von 20.000 Lehrkräften an Projekt-Schulen, die unter der Kontrolle des Bildungsministeriums stehen. Für die Protestierenden ist klar, dass regierungskritische Lehrkräfte durch regierungstreue ersetzt werden sollen.

Der Unmut ist da und es braucht eine Organisation und Bündelung dieser Kräfte. Die Vernetzung der Universitäten untereinander und über die Städte hinweg gestaltet sich schwierig, weil die Strukturen und Erfahrungen fehlen. Manche Protestierende schlagen einen Konsum-Boykott vor. In der Türkei gibt es zahlreiche Konsum-Geschäfte, von denen bekannt ist, dass sie in Händen der Regierung und ihrer Familien liegen. Wenn es zu schwierig ist, auf der Straße zu bleiben, könne man ja wenigstens auf diesem Wege wirtschaftlichen Druck erzeugen...? Aber die Proteste der Jugend könnten auch ein Funke sein, der sich auf die Betriebe überträgt, weil sie der allgemeinen Wut Ausdruck verleihen. Es gab Ende März einige Streiks. Auch wenn es bisher nicht gelang, diese auszuweiten und mit der politischen Bewegung zu verknüpfen, fürchtet sich die türkische Kapitalistenklasse und mit ihr auch die CHP zu Recht davor, dass die Bewegung übergreifen und die Arbeitenden ihre eigenen Forderungen aufstellen könnten.

> » Es ist vor allem die Wut auf das ganze politische System um Erdoğan und die katastrophale wirtschaftliche Lage, die die Menschen auf die Straße bringt. «

Von Seiten der deutschen Regierung, wie der restlichen führenden EU-Staaten herrscht großes Schweigen. Sie scheuen sich vor einer Verurteilung von Erdoğans gewalttätiger Repression, weil sie schlichtweg abhängig sind. Zum Einen ist er beauftragt und bezahlt, um Asylsuchende von der Einreise in die EU abzuhalten. Zum Anderen ist die Türkei mit der acht-stärksten Armee der Welt, vor jedem EU-Land, auf einmal essenzieller militärischer Partner, seitdem die USA unter Trump kein verlässlicher Schutzpatron mehr sind. Und zu guter Letzt fürchtet die EU eine Schwächung der türkischen Wirtschaft, die eine bebende Protestwelle nun einmal mit sich bringt, denn die Türkei gehört zu den Top-Zehn Handelspartnern der EU.

Auch wenn die deutsche Regierung so tut, als würde sie nichts hören, ist das Interesse in Deutschland groß. Knapp drei Millionen Menschen mit türkischer Migrationsgeschichte leben hier. In Berlin, der Stadt mit der größten Dichte türkischstämmiger Menschen, und in Essen gab es kleine Demonstrationen in Solidarität mit Ekrem İmamoğlu.

Die Proteste in der Türkei sind noch längst nicht vorbei. Immerhin sind auch Griechenland seit Februar und Serbien seit vergangenem November in gewaltiger Aufruhr. Ein Funke, der angesichts der beflügelten Rechten ein Hoffnungsfeuer in die Welt setzen kann. ■

Roberta Moriam, Düsseldorf und Sabine Müller, Berlin

Fußnoten

1 Die Erdoğan-Regierung wollte einen Park zugunsten eines Einkaufszentrums schließen. Die Proteste wurden brutal zerschlagen

2 CHP: Cumhuriyet Halk Partisi – Republikanische Volkspartei. Von Atatürk, dem Gründer der Republik Türkei, gegründete Partei. Seit 2002, seit der Wahl Erdoğans in der Opposition.

3 Le Monde, 03.01.2025, En Turquie, les ravages de l'hyperinflation : « Pour 200 balles, tu n'as plus rien »

4 Unter den „Grauen Wölfen" versammeln sich verschiedene türkische ultranationalistische und Neonazi- Strömungen, mit verschiedenen Zielen. Sie vereint Antikommunismus, Antisemitismus, anti-kurdischer und anti-armenischer Rassismus.

Wir sind bereit zu kämpfen – die Gewerkschaft auch?

Nach mehreren Warnstreiks und anschließender Schlichtung liegt nun ein bundesweites „Einigungspapier" für den Öffentlichen Dienst vor. Es enthält Reallohnverluste und eine Ausweitung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden — zunächst freiwillig mit einer Vertragslaufzeit von über 24 Monaten. Noch bis zum 9. Mai läuft eine Mitgliederbefragung zum Ergebnis.

Derweil laufen in Berlin parallel zwei weitere Arbeitskämpfe mit hoher Streikbereitschaft. Bei der CFM[1] und den Berliner Verkehrsbetrieben[2] (BVG) haben sich die Beschäftigten in Urabstimmungen für unbefristete Streiks ausgesprochen. Doch ist die Gewerkschaft ver.di bereit, diese konsequent zu führen?

Die BVG-Kolleg:innen woll(t)en kämpfen

Anfang April stimmten 95 % der BVG-Beschäftigten für einen Erzwingungsstreik – doch der Streik blieb aus. Die Geschäftsleitung setzte eine neue Schlichtung inklusive einer Friedenspflicht[3]. Danach verschwanden Geschäftsführung und die ver.di-Verhandlungskommission hinter verschlossenen Türen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird nun bis zum 25.4. von den Kolleg:innen bewertet.

Die BVG-Geschäftsführung behauptet, das Angebot sei das Maximum. Sollte es abgelehnt und erneut gestreikt werden, drohen sie mit dem vollständigen Neustart der Verhandlungen – eine klare Erpressung. Doch ver.di weicht zurück und schweigt zur Möglichkeit weiterer Streiks. Stattdessen heißt es: nehmt lieber „den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach". Selbst innerhalb der Tarifkommission wurde das Ergebnis nicht einstimmig getragen. Während der Videokonferenz mit der ver.di Verhandlungsführung auf zoom durfte allerdings niemand von diesen Gegenstimmen vor den Kolleg:innen reden. Das Schlichtungsergebnis liegt deutlich unter den ursprünglichen Forderungen. Ob die Kolleg:innen es annehmen und sich zwei Jahre zur Friedenspflicht verpflichten, ist offen.

Bei der CFM wird noch gekämpft

Auch die Kolleg:innen der CFM streiken – tageweise. Obwohl sie für einen unbefristeten Streik gestimmt hatten, wird der Streik zerstückelt. Zunächst streikten sie gemeinsam mit Charité-Beschäftigten während der TVöD-Verhandlungen – tausende Kolleg:innen waren auf der Straße, was Eindruck machte. Doch die Charité wurde aus dem Streik geholt, die CFM-Kolleg:innen blieben zurück. Trotzdem beteiligten sich bis zu 700 Kolleg:innen am Streik.

Die CFM-Geschäftsführung klagte gegen den Streik – mit Teilerfolg. Der Streik blieb zwar erlaubt, aber ein Notdienst[4] wurde angeordnet, der teils mehr Personal vorsah als der Regelbetrieb. Ver.di setzte den Streik aus, um sich juristisch vorzubereiten. Ergebnis: zwei Tage Streik, Pause über Ostern, dann wieder zwei Tage … Diese Unterbrechungen erschweren die Mobilisierung und helfen der CFM, durch externe Dienste gegenzusteuern. Diese „Tage"-Taktik soll erstmal fortgeführt werden, da die Charité- und CFM-Führung nicht verhandeln möchte, wenn gestreikt wird.

Welche Strategie verfolgt ver.di?

Warum ruft ver.di zu Streiks auf, wenn sie scheinbar selbst die Dynamik ausbremst und geplante unbefristete Streiks nicht organisiert? Über Jahrzehnte hinweg haben ver.di und andere Gewerkschaften auf das Modell der „Sozialpartnerschaft" gesetzt: Die Unternehmen gaben kleinere Zugeständnisse und im Gegenzug hielten die Gewerkschaften ihre Mitglieder ruhig.

Doch diese Strategie führte langfristig zu sinkenden Mitgliedszahlen – und damit zu weniger Schlagkraft. Inzwischen sind die Chefs nicht einmal mehr bereit, die Krümel zu geben. Deshalb versuchen die Gewerkschaften nun, mit punktuellen Streiks und der Forderung nach Vorteilen nur für Mitglieder, ihre Basis wieder zu stärken.

» Warum ruft ver.di zu Streiks auf, wenn sie scheinbar selbst die Dynamik ausbremst und geplante unbefristete Streiks nicht organisiert? «

Es muss nur demokratisch aussehen?

Die Urabstimmungen erinnern eher an Bundestagswahlen: geheim, individuell, ohne kollektive Debatte. Doch Streiks leben von Diskussion – auf Demos, bei Streikposten, in gemeinsamen Runden. Diese Debattenkultur wird durch die stillen Abstimmungen untergraben. Gerade wenn so viel auf dem Spiel steht, braucht es offene Auseinandersetzung – nicht nur ein Kästchen zum Ankreuzen.

25. April 2025 ■

Lorenz Wessel und Paula Anders, Berlin

Fußnoten

1 Charité Facility Management – ein ausgegliedertes Dienstleistungsunternehmen aller nicht-patientennahen Tätigkeiten an der Charité wie z. B. die Sterilisation, Reinigung, Transport, Archiv, etc.

2 Sind verantwortlich für die Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen in Berlin

3 Die Tarifparteien (Gewerkschaften und Arbeitgeber) zu bestimmten Zeiten verpflichtet, auf Kampfmaßnahmen (Streiks, Aussperrung) zu verzichten.

4 Notdienste sollen eine absolute Notfallversorgung im Streikfall aufrechterhalten. Ver.di bemüht sich oft vergebens, um eine entsprechende Vereinbarung mit den bestreikten Betrieben.

Mit der Faust in die Welt schlagen

Mit ihrem Kinofilm zeigt die Regisseurin Constanze Klaue anhand einer Kindheit in Ostdeutschland, wie sich rechte Ideen ausbreiten. Ein dunkler Film, der aber wegen der Naturaufnahmen und vor allem durch den Blickwinkel der Kinder auch seine hellen Seiten hat. Die Regisseurin ist nah an den Kindern, die Tod und Liebe erleben und ihre ersten politischen Überlegungen entwickeln. Nicht alle Personen des Films werden Nazis, aber…

Die erste Teil des Films spielt im Jahr 2006. Hierauf folgt ein kürzerer Epilog, der 2015 spielt, wenn die Hauptfiguren keine Kinder mehr sind. Der Film untersucht eher den Entstehungsprozess der ausländerfeindlichen Bewegung Pegida. Die Ursachen dieses Rassismus und der Wiederbelebung des deutschen Nationalismus sind aber kaum von den heutigen Zuständen zu unterscheiden: Kündigungen, Arbeitslosigkeit und Armut, die daraus folgt. Der allgemeine trübselige Zustand dieser kleinen Städte, von verlassenen Gebäuden aus der DDR-Zeit, wo die Kinder so gerne spielen, gehören dazu. Die Mutter arbeitet als Krankenschwester im nahegelegenen Krankenhaus.

Die Regisseurin selbst ist in der Region aufgewachsen und zeigt uns eine lebendige Realität, die auch in anderen alten Industrieländern spielen könnte. Der Teil der Arbeiter:innenklasse, der in den kleinen Städten in Sachsen oder Brandenburg wohnt, kommt auch in anderen Regionen auf dieselben politischen Ideen. Da ist der Vater, der infolge seiner Kündigung die Konkurrenz aus dem nahen Polen als das Problem sieht; da sind die Jugendlichen, die bald die türkischen Nachbarn angreifen wollen. Wo Deindustrialisierung und Verarmung quälen, gären dieselben trüben Überlegungen und der Film legt eine soziale und politische Entwicklung offen, die zu vielen anderen Ecken Europas passt.

> » Der Film legt eine soziale und politische Entwicklung offen, die zu vielen anderen Ecken Europas passt «

Die Regisseurin ist auch eine Frau, die gerade auch die toxische Männlichkeit dieser Neonazis gut erfasst. Die Mutter ist in der Familie die einzige, die in der schwierigen Situation durchhält. Ihre zwei Söhne sind mit der Gewalt unter Jugendlichen konfrontiert, offensichtlich kein Monopol der Erwachsenen! Bald kommt der ältere Sohn in Berührung mit einem anderen rechten Schüler, und die Gewalt unter sich in der Gruppe sowie in der Nachbarschaft steigt weiter.

Konstanze Klau schildert auch sorgfältig, wie sich die rechten Ideen in den Köpfen der Schüler entwickeln und steigern. Die Kinder machen zuerst nur trübe Späße mit antisemitischen oder homophoben Parolen. Bald fürchten sie sich selbst aber vor ihren sinnlosen und gefährlichen Spielereien…

Anders als der Roman, der der Regisseurin als Vorlage diente, dreht sich der Film fast ausschließlich um die Kinder. Trotzdem wird aber kein Aspekt der Realität der Gesellschaft ausgelassen. Selbst der Klassenunterschied zwischen dem jungen Tobi, dessen Vater (ehemaliger Elektriker) arbeitslos ist, und seiner Freundin, deren Vater Arzt ist, taucht in einem Dialog auf.

Dieser Film ist jetzt in den Kinos zu sehen, als die AfD (Alternative für Deutschland) sich in mehreren Regionen Deutschlands als stärkere Partei durchgesetzt hat. Die Entstehung einer echten Nazipartei könnte die nächste Etappe sein. Die Neonazi-Generation, die im Film dargestellt wird, ist jetzt 30 Jahre alt und wäre bestimmt bereit, wenn die historische Bedingungen es fordern, im Vordergrund eine politische Rolle zu übernehmen. In dieser beunruhigenden Situation erlaubt uns der Film „Mit der Faust in die Welt schlagen“, kompromisslos in diese Realität einzutauchen. Der Film ist weder pessimistisch noch optimistisch. Am Ende des Films ist Tobi kein Nazi geworden. Allein ganz oben auf dem Riesenrad eines Jahrmarkts beobachtet er die Gegend, wo seine ehemalige Schule in ein Flüchtlingsheim umgebaut werden soll. Als Azubi hat er sogar vor kurzem die Stromanlage dieser alten Gebäude repariert. Seit er nicht mehr Schüler ist, sind aber die rechten Töne nicht weniger geworden. Die Zukunft ist offen. ■

Lorenz Wassier, Berlin

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/WIRmachenDRUCK
Verantw. Redakteur: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildungsgesellschaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 12059 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Berlin

19:00 Uhr | Mehringhof, Gneisenaustr. 2A

Mi, 14. 05. Blauer Salon Krieg, Krisen, Klassenkampf

Mi, 21. 05. Versammlungsraum Reform oder Revolution – Schluss mit Warten!

Mi, 04. 06. Versammlungsraum Der Kommunismus, für den wir kämpfen

Düsseldorf

19:00 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstraße 53

Do, 15. 05. Wie funktioniert Geschichte? Warum ist sie mehr als eine Aneinanderreihung von Zufällen?

Do, 22. 05. Lohn-Preis-Profit oder: Was ist Ausbeutung? Mit Marx dem Kapitalismus auf den Grund gehen

Do, 05. 06. Internationalismus leben

Internationales Sommercamp in Spanien

30.07. bis 03.08. Lerne unsere internationale Strömung kennen! Vier Tage Austausch und Debatten mit Revolutionär:innen aus Frankreich, USA, Griechenland, Spanien, Österreich und Deutschland.
Infos unter: camp2025.sozialismus.click

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net